

■ Mandela

worden, der jedoch von der maltesischen Marine am Einlaufen in den Hafen von Valletta gehindert wurde. Italien nahm die Asylsuchenden schließlich auf. Für internationales Aufsehen sorgte ein im November verabschiedetes Gesetz, das Nicht-EU-Bürgern künftig ermöglichen soll, die maltesische Staatsbürgerschaft für 650 000 € zu erwerben. ■

Mandela, Nelson, südafrikanischer Politiker, * Mvezo (Provinz Ostkap) 18. 7. 1918; † Johannesburg 5. 12. 2013. – Nach langer Krankheit starb M. in seinem Haus in Johannesburg. Nach einer zentralen Gedenkfeier im Stadion von Johannesburg am 10. 12. 2013, bei der zahlreiche internationale Staatsoberhäupter das Wirken des Antipartheidskämpfers würdigten und an sein politisches Vermächtnis erinnerten, wurde M. am 15. 12. 2013 in seinem Heimatdorf Qunu beigesetzt.

M., der 1940 ein Jurastudium aufnahm, gehörte ab 1944 dem Afrikanischen Nationalkongress (ANC) an. Nach dem Verbot des ANC 1960 organisierte er den Aufbau eines bewaffneten Flügels. 1964 wurde er wegen Sabotage und Umsturzplänen zu lebenslanger Haft verurteilt. 17 Jahre war M. Gefangener auf der Felseninsel Robben Island, anschließend war er in Kapstadt inhaftiert. Nach seiner Freilassung 1990 handelte er mit Präsident FREDERIK DE KLERK den Übergang von der Apartheid zu einem demokratischen System aus. Gemeinsam mit DE KLERK erhielt M. 1993 den Friedensnobelpreis. Nach der ersten multiethnischen Parlamentswahl 1994 wurde M., seit 1991 Präsident des ANC, zum ersten schwarzen Staatspräsidenten gewählt. Nachdem 1999 seine Amtszeit abgelaufen war, widmete er sich karitativen Aufgaben und dem Kampf gegen Aids.



Chelsea Manning Am 21. August hält ein Demonstrant ein Plakat mit dem Porträt Mannings an einer Straße Autofahrern entgegen.

Manning, Chelsea (vormals Bradley Manning), US-amerikanische IT-Spezialistin, * Crescent (Oklahoma) 17. 12. 1987. – Am 30. 7. 2013 wurde M. von einem Militärgericht in Fort Meade für schuldig befunden, als Angehöriger der US-Streitkräfte Hunderttausende vertrauliche Dokumente an die Enthüllungsplattform Wikileaks weitergegeben zu haben. Das Gericht hielt M. in fast allen Anklagepunkten für

schuldig, den schwersten Vorwurf, »Unterstützung des Feindes«, ließ es jedoch fallen. Am 21. August wurde des Strafmaß verkündet: M. wurde unehrenhaft aus der Armee entlassen und zu 35 Jahren Gefängnis verurteilt.

M. wurde bereits im Juli 2010 inhaftiert, die Menschenrechtsorganisation Amnesty International beklagte in der Folge »unmenschliche Haftbedingungen«, die auch Isolationshaft einschlossen. Während des Prozesses gestand M. die Weitergabe der Dokumente während ihrer Dienstzeit im Irak. Ein Gutachter attestierte M. u. a. eine Geschlechtsidentitätsstörung und bestätigte, dass der damals noch männliche Obergefreite während seiner Stationierung auf einer Operationsbasis in der Nähe von Bagdad unter erheblichem Stress gestanden habe. M. entschuldigte sich für ihr Verhalten. Sie habe den USA nicht schaden wollen, sondern gehofft, eine Debatte über die Rolle des Militärs und die US-amerikanische Außenpolitik in Gang zu setzen. Am 22. August ließ M. verlautbaren, dass sie transsexuell sei und zukünftig als Frau leben wolle. Anfang September reichte M. bei US-Präsident BARACK OBAMA ein Gnadengesuch ein.

Mansur, Adli, ägyptischer Jurist und Politiker, * Kairo 23. 12. 1945. – M. wurde am 4. 7. 2013 nach dem Staatsstreich gegen den gewählten Präsidenten MOHAMMED MURSI von der Militärführung als Übergangspräsident Ägyptens eingesetzt.

M. studierte Jura in Kairo und Paris. Nach seinem Abschluss 1977 trat er in den Staatsdienst ein und wurde 1992 Richter am Verfassungsgericht. Als dessen Vizepräsident gestaltete er die Regeln der Präsidentschaftswahl 2012 mit. Zwei Tage vor MURSIS Entmachtung war er Präsident des Verfassungsgerichts geworden.

Marokko



Hauptstadt: Rabat
Einwohner: 32,5 Mio.
Einwohner/km²: 73
Staatsoberhaupt:
Mohammed VI.
Regierungschef: A. Benkirane
BIP/Einwohner: 2 902 US-\$

■ Am 9. 7. 2013 verließ die national-konservative Unabhängigkeitspartei (PI), die aus den Parlamentswahlen im November 2011 als zweitstärkste Kraft hervorgegangen war, die Regierungskoalition unter Führung der Partei der Gerechtigkeit und des Fortschritts (PJD). Gründe für das Zerwürfnis waren geplante Sparmaßnahmen, die für die PI nicht vertretbar waren. Nach einer monatelangen Regierungskrise bildete König MOHAMMED VI. am 10. Oktober das Kabinett von Ministerpräsident ABDELILAH BENKIRANE (PJD) um. Außenminister wurde SALAHEDDINE MEZOUAR, Vorsitzender der Nationalen Sammlungsbewegung der Unabhängigen (RNI), die fortan mit der PJD koalierte. ■

Mars: Die Suche des M-Rovers »Curiosity« nach aktuell oder ehemals lebensfreundlichen Bedingungen auf dem Mars ging 2013 trotz wiederholter technischer Probleme weiter. Bereits im Frühjahr ergaben die Analyse von Gesteinsproben und die Entdeckung eines ausgetrockneten Süßwassersees, dass es auf dem Mars Voraussetzungen für mikrobielles Leben gegeben haben könnte. Satellitendaten wiesen zudem auf ein ehemaliges Grundwassernetz hin. Fraglich ist, wie die Temperaturen über dem Gefrierpunkt liegen könnten. Neben der Hypothese, der Mars sei durch Meteoriteneinschläge aufgeheizt worden, rechneten Forscher vor, dass durch Vulkanismus freigesetzte Treibhausgase zum Temperaturanstieg geführt haben könnten. Eine neue Interpretation von Satellitenbildern wies auf Supervulkane auf dem Mars hin, die eine bedeutende Rolle für seine frühe Atmosphäre gespielt haben könnten. Daten zur Entstehungsgeschichte der frühen Marsoberfläche lieferte ein 4,4 Mrd. Jahre alter Marsmeteorit, der 2012 in der Sahara gefunden wurde.

Die im Herbst gestarteten Sonden »Maven« (USA) und »Mom« (Indien) sollen den Mars 2014 erreichen und seine Atmosphäre genauer untersuchen (→ Weltraumforschung). Europa und Russland unterzeichneten im Frühjahr einen Kooperationsvertrag für gemeinsame Marsmissionen 2016 und 2018. »Curiosity« maß hohe Strahlungswerte, so dass Mitglieder einer bemannten Marsmission vermutlich in Höhlen Schutz suchen müssten.

in der Koordination der Demokratischen Opposition (COD) organisierten Parteien an, die Parlaments- und Kommunalwahlen im November zu boykottieren. Sie forderten die Regierung auf, die Wahlen auf April 2014 zu verschieben, um ein neues Wählerverzeichnis aufzustellen und die Unabhängigkeit der Wahlkommission sicherzustellen. Die in zwei Wahlgängen am 23. November und 21. Dezember abgehaltenen Wahlen verliefen friedlich. Die Union für die Republik (UPR) erhielt die absolute Mehrheit und kam auf insgesamt 75 von 113 Sitzen in der Nationalversammlung. Die islamistische Tewassoul, die als einzige Partei der COD teilgenommen hatte, erreichte 12 Mandate, übrige Parteien 26. ■

Marshallinseln



Hauptstadt: Dalap-Uliga-Darrit
 Einwohner: 53 000
 Einwohner/km²: 449
 Staatsoberhaupt und Regierungschef: C. Loeak
 BIP/Einwohner: 3 471 US-\$

Mauritius



Hauptstadt: Port Louis
 Einwohner: 1,3 Mio.
 Einwohner/km²: 637
 Staatsoberhaupt: R. Pruryrag
 Regierungschef: N. C. Ramgoolam
 BIP/Einwohner: 8 120 US-\$

Mauretanien



Hauptstadt: Nouakchott
 Einwohner: 3,6 Mio.
 Einwohner/km²: 4
 Staatsoberhaupt: M. O. Abdel Aziz
 Regierungschef: M. O. M. Laghdaf
 BIP/Einwohner: 1 106 US-\$

Mazedonien



Hauptstadt: Skopje
 Einwohner: 2,1 Mio.
 Einwohner/km²: 82
 Staatsoberhaupt: G. Iwanow
 Regierungschef: N. Gruevski
 BIP/Einwohner: 4 565 US-\$

■ Am 17. 9. 2013 bildete Präsident MOHAMMED OULD ABDEL AZIZ sein Kabinett um. Der bisherige UN-Botschafter AHMED OULD TEGUEDI wurde neuer Außenminister. Der frühere Gouverneur der Provinz Trarza, MOHAMED OULD MOHAMED RARA, übernahm das Innenressort. Anfang Oktober kündigten zehn der elf

■ Zu Jahresbeginn 2013 verschärfte sich die innenpolitische Krise, nachdem die oppositionellen Sozialdemokraten Ende 2012 versucht hatten, die Verabschiedung des Haushalts zu verhindern. Am 24. 12. 2012 kam es im Parlament zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen Abgeordneten der Opposition und der nationalkonservativen Regierungspartei Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei für die Mazedonische Nationale Einheit (VMRO-DPMNE). Die Sozialdemokraten verweigerten die Mitarbeit im Parlament und drohten mit einem Boykott der bevorstehenden Kommunalwahlen. Von beiden Positionen rückten sie Anfang März 2013 nach Vermittlungsbemühungen der EU und der Aussicht auf Beratungen über vorgezogene Parlamentswahlen wieder ab. Ebenfalls Anfang März kam es nach der Ernennung des ehemaligen albanischen Rebellenkommandanten TALAT XHAFERI zum Verteidigungsminister in der Hauptstadt Skopje zu gewaltsamen Protesten seitens ethnischer Mazedonier und im